

Volkhard Brandes

Über die Ursachen der Nachkriegsprosperität

Eine Kritik an Paul Mattick

Erschienen als Appendix in "Krisen und Krisentheorien" von Paul Mattick
in der Reihe "Arbeiterbewegung - Theorie und Geschichte"
vom Fischer Taschenbuch Verlag, Oktober 1974

Gescannt und publiziert von der Implikation Scanning and Translation Group
<http://implikation.wordpress.com>

Im Mittelpunkt der Kritik der politischen Ökonomie steht die Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitalismus mit dem Ziel, die objektiven Möglichkeiten und Bedingungen der Aufhebung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse zu bestimmen. Die marxistische Theorie hat somit — will sie ihrem revolutionären Anspruch gerecht werden — eine unmittelbar praktische, gesellschaftsverändernde Funktion. Auf dieser Abstraktionsebene dürften alle, die sich als Marxisten verstehen, weitgehend übereinstimmen. Welches aber sind die Bewegungsgesetze des heutigen Kapitalismus? Welche praktischen Konsequenzen ergeben sich aus der Analyse dieser Bedingungen? Jahrzehntlang stagnierte die marxistische Theorie, die von den Revolutionären des 19. und frühen 20. Jahrhunderts als Hebel zur revolutionären Veränderung der bestehenden Produktionsverhältnisse entwickelt worden war. Vom Reformismus wurde der Marxismus in aller Offenheit als »ideologischer Ballast« beiseite gelegt; vom Stalinismus wurde er in Formeln eingefroren, die — für den jeweiligen Augenblicksbedarf zu-rechtmanipuliert — den traditionellen revolutionären Anspruch in Theorie und Praxis permanent verrieten.

Das marxistische Erbe wurde von kleinen Gruppen oder Individuen, die ohne nennenswerten politischen Einfluß blieben, über die Zeit des Faschismus, des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges hinweg bewahrt. Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, als weder die Sozialdemokratie noch der inzwischen in rivalisierende Fraktionen zerfallene Stalinismus auch nur halbwegs befriedigende Antworten auf die sich international verändernden ökonomischen und sozialen Bedingungen des Kapitalismus zu geben wußten, verbreiterte sich wieder die Basis für eine Renaissance des Marxismus. In fast allen neomarxistischen Theorien spielte dabei der Staat eine besondere Rolle. Paul Mattick — damals bereits seit ungefähr einem halben Jahrhundert in der Arbeiterbewegung aktiv —, war einer von denen, deren Kapitalismuskritik von einer wachsenden Zahl von Linken als Mittel zum Verständnis der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus gesehen wurde. Matticks Denken ist stark von den historischen Erfahrungen seiner Epoche geprägt: der Weltwirtschaftskrise, dem Faschismus, dem Zweiten Weltkrieg, dem Ausbleiben der Revolution nach 1945 und der relativen Stabilisierung

des Kapitalismus nach Jahrzehnten tiefer Krisenhaftigkeit. Zu seinen zentralen Erfahrungen zählt der Niedergang des Laissez-faire-Kapitalismus in den dreißiger Jahren und der wachsende Einfluß des Staates auf die Ökonomie. Im Mittelpunkt seines Hauptwerkes, Marx und Keynes, das 1969 in den USA und 1971 in der Bundesrepublik erschien und bis heute nichts von seiner Aktualität verloren hat, steht die Frage, inwieweit dieser seiner Ansicht nach sogar qualitativ veränderte Einfluß des bürgerlichen Staates auf die Ökonomie die Gesetzmäßigkeiten des Akkumulationsprozesses, wie sie Marx beschrieb, modifiziert hat und welche Konsequenzen sich daraus für die Arbeiterbewegung ergeben.

Die Revolution scheint ihm — als Folge der veränderten ökonomischen Funktion des Staates — nicht mehr auf der Tagesordnung zu stehen, wie er im »Epilog« von Marx und Keynes resigniert anklingen läßt: »Vielleicht ist der Sozialismus eine Illusion und die Gesellschaft dazu verurteilt, Klassengesellschaft zu bleiben« (S. 341). Das Proletariat, von Marx zum Träger der Revolution bestimmt, ist Mattick zufolge heute »zum größten Teil in die Majorität der Angepaßten integriert« (S. 344). Mit dem Ausbleiben der Revolution scheint ihm eine neue historische Etappe zwischen dem Kapitalismus, wie ihn Marx analysierte, und dem Sozialismus zu treten. Mattick betrachtet sie nicht als »Übergangsgesellschaft« auf dem Weg zum Sozialismus, mit der die verschiedenen Richtungen des »Staatskommunismus« einer schlechten Wirklichkeit eine positive historische Perspektive zuzusprechen versuchen, sondern als eine neue Form des Kapitalismus, den Staatskapitalismus, wie er nach Mattick erstmals in Rußland nach der Oktoberrevolution entstand und heute auch in Osteuropa und Ostasien herrscht.

Als eine Übergangsform auf dem Weg vom Laissez-faire-Kapitalismus zum Staatskapitalismus, der allerdings nicht friedlich, sondern wie der Sozialismus nur auf revolutionärem Wege zu erreichen sein wird (S. 293), betrachtet Mattick das »gemischte Wirtschaftssystem« (S. 201) : Den westlichen Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise. Dort besteht seiner Ansicht nach der Kapitalismus, wie ihn Marx beschrieb, nur noch im Privatsektor; in dem auf seine Kosten ständig wachsenden öffentlichen Sektor aber sind wir wie im Staatskapitalismus, in dem sich die

Kontrolle des Staates über die gesamte Wirtschaft erstreckt, wesentliche Gesetze des Kapitalismus, insbesondere das Wertgesetz, außer Kraft gesetzt. Damit unterliegt in Matticks Argumentation zwangsläufig auch das von Marx formulierte Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, dessen Gültigkeit Mattick zwar weiterhin behauptet, derart entscheidenden Modifikationen, daß es in seiner Einschätzung der ersten Nachkriegsjahrzehnte durch die krisenaufschiebende Rolle des Staates de facto vorübergehend außer Kraft gesetzt wird.

Dieses »gemischte« System entstand in der Depression der dreißiger Jahre, als staatliche Eingriffe (Kreditpolitik, Erhöhung des staatlichen Konsums usw.) den völligen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft verhindern sollten. Mattick zufolge gelang der Versuch — wenn auch um den Preis eines neuen Weltkrieges und einer enormen Steigerung der »Verschwendungsproduktion« vor allem in Form von Rüstungsgütern. Nach dem 2. Weltkrieg blieb dieser Staatssektor nicht nur erhalten, sondern schien auch eine Tendenz zu ständigem Wachstum zu haben. Mattick versucht nachzuweisen, daß dieser Bereich einen entscheidenden Anteil an der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in der Nachkriegszeit hatte. Bei diesem Sektor handelt es sich laut Mattick nicht mehr um Kapitalismus herkömmlicher Art. Im Gegensatz zum Privatsektor findet hier angeblich keine profitable Produktion mehr statt. Der Grund dafür wird in der dem Staatssektor zugewiesenen Funktion gesehen, die »Stabilisierung der Marktwirtschaft« herzustellen, nicht aber mit ihr zu konkurrieren: »Die Käufe der Regierung müssen also aus dem Marktsystem herausfallen; die Produktion, die sie erfordern, muß zur Marktproduktion hinzukommen« (S. 162). Dieser Sektor wurde demnach geschaffen, um mit seiner Nachfrage (insbesondere in Form von öffentlichen Arbeiten und Rüstungsaufträgen) einen Zusammenbruch des Privatsektors zu verhindern. Gleichzeitig stellt er für den Privatsektor jedoch eine Belastung dar, da »staatlich induzierte Produktion zum Gesamtprofit der gesellschaftlichen Gesamtproduktion nichts hinzufügen, sondern nur etwas davon abziehen kann« (S. 166). Dieser staatliche Sektor hat laut Mattick die Tendenz zur permanenten Erweiterung auf Kosten

des produktiven Privatsektors. Eine Umkehr dieses Trends erscheint ihm »äußerst unwahrscheinlich« (S. 165). So droht der Staat »selbst zum Vehikel der Zerstörung der Marktwirtschaft zu werden« (S. 165). Die staatlich induzierte Produktion ist zwangsläufig »durch die Grenzen der privaten Profitproduktion begrenzt« (S. 175). An diesem Punkt setzen sich entweder die Akkumulationsgesetze, wie sie Marx beschrieben hat, gegen die keynesianischen Verzögerungsmechanismen durch oder aber der Staat wird — bei Ausbleiben der Revolution — den Privatkapitalismus beseitigen und durch eine qualitativ andere Produktionsweise, den Staatskapitalismus, ersetzen, in dem wesentliche Gesetze kapitalistischer Produktion und Akkumulation nicht mehr gelten.

Das also ist das Dilemma des heutigen Kapitalismus, wie es Mattick sieht: ohne unproduktiven Staatssektor Rückfall in die Depression, mit Staatssektor aber letztlich Gefährdung des profitablen Privatsektors aufgrund wachsender Belastungen durch den Staat (Wegbesteuerung der Profite zur Erhaltung des Staatssektors). Für eine längere historische Periode, die vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bis in die Gegenwart reicht, ermöglichte die kontinuierliche Ausdehnung dieses unproduktiven Sektors Mattick zufolge jedoch die Auslastung der Produktionskapazitäten und die Verminderung der sozialen Spannungen. Erst heute zeigen sich die Grenzen dieser Politik: beschleunigte Inflation als Folge der ständig angewachsenen staatlichen Verschuldung durch Defizitfinanzierung und eine wachsende Belastung des produktiven Sektors durch den aufgeblähten unproduktiven Staatssektor.

Soweit die Grundzüge der Mattickschen Kapitalismusanalyse. Zweifellos trifft die Behauptung zu, daß der Staatssektor in den letzten Jahrzehnten größer geworden ist und daß staatliche Wirtschaftseingriffe den Akkumulationsprozeß relativ stark beeinflussen. Aber letzteres ist nichts Neues. Selbst in den klassischen Staaten des Laissez-faire-Kapitalismus, in Großbritannien und den USA, hat der Staat das gesamte 19. und frühe 20. Jahrhundert hindurch einen starken Einfluß auf den Akkumulationsprozeß des Kapitals ausgeübt, ohne ihn jedoch qualitativ zu modifizieren. Der bürgerliche Nationalstaat war sowohl Resultat des Akkumulationsprozesses als auch Vorbedingung seiner Aufrecht-

erhaltung, zunehmend aber auch ein immer stärkeres Hindernis für seine unbegrenzte Ausdehnung.

Daß der bürgerliche Staat in allen Perioden des Kapitalismus der Sicherung des Akkumulationsprozesses diene, wird auch von Mattick nicht bestritten. Qualitativ neu ist jedoch seiner Ansicht nach das Entstehen eines Staatssektors, der eine ökonomische Rolle spielt, die der Staat zuvor nicht hatte: Der Staat ist nicht mehr nur die politische und militärische Agentur zur Sicherung des nationalen Akkumulationsprozesses; er wird nach Mattick zur ökonomischen Bedingung der Aufrechterhaltung des Verwertungsprozesses des Kapitals und ermöglicht damit dem Kapitalismus den Weg aus der Weltwirtschaftskrise und einige Jahrzehnte relativer Prosperität nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Aber ist der Kern der Mattickschen Argumentation haltbar, daß die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus durch diesen »unprofitablen« Staatssektor zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, jedoch auf eine unbestimmte Zukunft verschoben wird — mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Arbeiterbewegung? Mattick vermerkt wiederholt, daß die Trennung zwischen profitabilem Privatsektor und unprofitablem Staatssektor nur für das Gesamtkapital, nicht aber für das jeweilige Einzelkapital relevant ist. Für das Gesamtkapital bedeutet nach Mattick staatlich induzierte Produktion eine Verminderung des Gesamtprofits, da diese Produktion aus bereits gemachten Profiten bezahlt werden muß, ohne daß neue Profite gemacht werden; das Einzelkapital vermag jedoch bei der Produktion für den Staat den Durchschnittsprofit ebenso zu realisieren wie bei der Produktion »für den Markt.«

Aber ist Produktion für den Staat tatsächlich Produktion außerhalb des Marktes und damit anderen (nicht-kapitalistischen) Gesetzmäßigkeiten unterworfen? Bei »staatlich induzierter« Produktion für den Staat handelt es sich nicht weniger um kapitalistische Warenproduktion als für jeden anderen Käufer — nur daß in diesem Fall der Staat als Käufer der Ware auftritt und nicht irgendein Privatkäufer. Wie Cogoy kürzlich bemerkte, erhöht »das in der Rüstungsindustrie angelegte Kapital das gesamtgesellschaftliche Kapital«, während es »gleichzeitig die

kapitalisierbare Mehrwertmasse verringert«¹.

Der staatliche Sektor fällt also keineswegs aus dem Markt heraus. Er ist vielmehr Teil des Marktes, der im Zeitalter des Monopolkapitalismus jedoch nicht mehr unmittelbar mit dem Markt im Frühkapitalismus zu vergleichen ist, als zahllose gegeneinander konkurrierende Kleinkapitalisten für einen unbekanntem Markt produzierten. Ein großer Teil der Produktion ist heute — für staatlichen wie für privaten Konsum — zu festen Konditionen bestellte Produktion. Die Konkurrenz ist dennoch nicht aufgehoben oder auch nur abgeschwächt: sie vollzieht sich wesentlich stärker als je zuvor auf dem Weltmarkt beim Wettbewerb um staatliche oder private Großaufträge, im Kampf um riesige Einflußzonen, der Monopolisierung bestimmter Produktionsverfahren, der Kontrolle über die Rohstoffquellen usw.

Die Einzelkapitale konkurrieren beim Kampf um staatliche Aufträge nicht weniger als beim Kampf um private Käufer. In beiden Fällen findet Warenproduktion statt, wird vom Einzelkapital der Durchschnittsprofit erzielt. Für das Einzelkapital besteht kein Unterschied zwischen Produktion für den Staat und Produktion für private Käufer, so lange es den Durchschnittsprofit realisiert.

Für die Akkumulationsbedingungen des Gesamtkapitals stellt sich die Situation dagegen anders dar. Produktion für unproduktiven Konsum (z. B. Rüstung) senkt zwar nicht die gesamtgesellschaftliche Durchschnittsprofitrate. Ihr negativer Effekt besteht jedoch darin, daß über den Staat (Steuern, Geldentwertung, Anleihen usw.) ein Teil der Profite an die für unproduktiven Konsum produzierenden Kapitale umverteilt wird, so daß die im produktiven Sektor tätigen Kapitale eine reale Verminderung ihrer Profite erfahren müssen.

Nur der das vorhandene Produktivkapital vergrößernde produktive Konsum vermag die kapitalisierbare Mehrwertmasse zu vergrößern. »Staatlich induzierte Produktion« ist jedoch zum großen Teil Produktion für unproduktiven Konsum, wengleich dieser Anteil meist quantitativ überschätzt und dabei vergessen wird, daß ein nicht

¹ Mario Cogoy, »Werttheorie und Staatsausgaben«, in: Braunmühl, Funken, Cogoy, Hirsch, Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt 1973, S. 166.

unerheblicher Teil der Staatsausgaben direkt der Aufrechterhaltung des Gesamtproduktions- und Akkumulationsprozesses dient. Produktion für unproduktiven Konsum bedeutet jedoch nicht, daß es sich dabei auch um nicht-kapitalistische Produktion handelt, wie Mattick annimmt: »Das Endprodukt der staatlich induzierten Produktion [...] hat jedoch nicht die Form einer Ware, die auf dem Markt gewinnbringend verkauft werden könnte« (S. 166). Abgesehen davon, daß diese enge Definition des »freien Marktes« im Zeitalter des Monopolkapitalismus nicht einmal mehr für den Privatsektor in dieser reinen Form zutrifft, ist nicht einzusehen, weshalb Luxusgüterproduktion (zu der man auch die Waffenproduktion zu zählen hat) keine Warenproduktion sein soll, selbst wenn diese Ware das vorhandene Produktivkapital nicht zu vergrößern vermag.

Auf der materiellen Seite fehlt also bei Produktion für unproduktiven Konsum das entsprechende Produktivkapital (Produktionsmittel, Arbeitskräfte, Rohstoffe usw.) zur Erweiterung des Produktionsprozesses. Die Konsequenzen für das Gesamtkapital bestehen nicht — wie Mattick annimmt — in der Chance, ansonsten unverwertbares, überakkumuliertes Kapital, wenn auch auf »nicht-kapitalistische« Weise in Bewegung zu setzen und die Produktion damit zu erweitern, sondern in der Tendenz zur Schrumpfung des Akkumulationsprozesses als Folge einer für die Einzelkapitale sinkenden Masse akkumulierbaren Kapitals. Das in einem Panzer, einer Rakete oder einem Bombenflugzeug vergegenständlichte Kapital ist für den weiteren Produktions- und Reproduktionsprozeß verloren. Es ist ein Abzug vom akkumulierbaren Gesamtprofit, eine staatlich erzwungene Umverteilung der Profite.

Nach Mattick hat die Produktion für unproduktiven Konsum zur relativen Stabilisierung des Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg durch Aufrechterhaltung eines hohen Produktionsniveaus geführt, wenn diese Produktion seiner Ansicht nach auch nicht-kapitalistisch und nicht-profitabel war. In Wirklichkeit muß sie jedoch zur Umverteilung der Profite und Senkung der Akkumulationsrate beigetragen haben, da das in ihr vergegenständlichte Kapital dem weiteren Akkumulationsprozeß nicht mehr als Produktivkapital zur Verfügung stand. Daraus ergibt sich, daß es nicht die Produktion für

unproduktiven Konsum gewesen sein kann, die das relativ starke kapitalistische Wachstum in den ersten Nachkriegsjahrzehnten bewirkte. Welches aber sind dann die Ursachen der Nachkriegsprosperität?

Ausgangspunkt der Analyse der Akkumulationsbedingungen des Weltkapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg ist die enorme Kapitalvernichtung und -entwertung in den Kriegsjahren und die damit verbundene Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die zur Ausschaltung der weniger produktiven Kapitale führte und die Fortsetzung der Akkumulation auf neuer Stufenleiter erlaubte. Zweiter entscheidender Faktor war die im Gegensatz zu den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg relativ erfolgreiche Disziplinierung des internationalen Proletariats und das Ausbleiben größerer revolutionärer Erhebungen in den kapitalistischen Metropolen, die dem Kapital die Möglichkeit zur Intensivierung der Arbeit, zu Lohnsenkungen und zur Erhöhung der Mehrwerttrate gab. Dritter entscheidender Faktor für die relative Stabilisierung des Weltkapitalismus nach 1945 war die besondere Rolle des US-Kapitals. Wesentlich stärker als nach dem Ersten Weltkrieg war das amerikanische Kapital nach dem Zweiten Weltkrieg angesichts der relativ geringen Profitabilität der US-Inlandsproduktion und der beschleunigten Konzentration und Zentralisation des Kapitals gezwungen, den Akkumulationsprozeß über die nationalen Grenzen zu erweitern und den Weltmarkt zunehmend zur Basis der eigenen Akkumulation zu machen. Dieser Zwang zur »Internationalisierung« der amerikanischen Kapitalinteressen wurde politisch durch die Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs in Europa und Asien außerordentlich verstärkt.

Die schärfsten Konkurrenten der USA — Westeuropa und Japan — waren 1945 ungleich stärker vom Krieg getroffen als 1918. Wollte das US-Kapital nicht in den Schranken der nationalen Akkumulation zusammenbrechen, mußte es die Funktionsfähigkeit des Weltmarktes wiederherstellen und seine eigenen Aktivitäten zunehmend internationalisieren. Das aber hieß zugleich, den militärisch besiegten imperialistischen Konkurrenten die Möglichkeit des Wiederaufbaus durch Kredite, Investitionshilfen, Kapitalexport usw. zu erleichtern. Auf längere Sicht waren Japan und Westdeutschland, wie sich bald zeigte, dem amerikanischen Kapital gegenüber sogar in einem gewissen

Vorteil. In beiden Ländern war die Arbeiterklasse durch den Faschismus besonders diszipliniert, waren ihre Organisationen zerschlagen worden. Das Lohnniveau war sehr niedrig, der durchschnittliche Arbeitstag länger als in den USA, die Intensität der Arbeit außerordentlich hoch. Zusätzlich begünstigt wurde die Rekonstruktion des Kapitalismus in beiden Ländern durch das trotz aller Kriegsverluste noch vorhandene qualifizierte Arbeitskräftepotential und die noch vorhandenen Überreste von Infrastruktur und unzerstörten Produktionsmitteln. Die Wiederaufnahme der Produktion erfolgte dennoch auf einem im Vergleich zu den USA außerordentlich niedrigen Niveau, beschleunigte sich jedoch bald aufgrund günstiger Akkumulationsbedingungen. Die verhältnismäßig niedrige Belastung durch Abgaben an den Staat (Steuern) war einer jener Faktoren, der eine hohe Akkumulationsrate begünstigte. Die Rüstung spielte zunächst keine oder nur eine geringe ökonomische Rolle. Das einströmende US-Kapital, das hier rentablere Anlagemöglichkeiten als im eigenen Land fand, brachte die modernsten Technologien mit und trug zusätzlich zur Beschleunigung der Akkumulation in diesen Ländern zu Lasten der internen US-Akkumulation bei.

Wie aber verlief die Entwicklung in den USA und Großbritannien? Nur England hatte unter dem Krieg direkt gelitten, die USA überhaupt nicht. Vor allem in den USA lag das Lohnniveau verhältnismäßig hoch. Die ungebrochene Existenz wenn auch nur begrenzt kämpferischer Arbeiterorganisationen in beiden Ländern setzte der Willkür des Kapitals gewisse Schranken. Die Profitabilität der Inlandsproduktion war aus diesen und anderen Gründen, auf die im folgenden noch kurz eingegangen wird, im Vergleich zu den beim Kapitalexport erzielten Gewinnen verhältnismäßig gering. Die Konsequenzen waren relativ niedrige inländische Akkumulationsraten (auf einem im Vergleich zu Japan und Westdeutschland allerdings hohen Produktionsniveau), längerfristig sinkende Produktivitätssteigerungsraten und eine deutliche Tendenz, gegenüber den unter günstigeren Voraussetzungen akkumulierenden nationalen Kapitalen zurückzufallen. Eine zusätzliche Belastung der Profitabilität der Inlandsproduktion waren die zur

Absicherung der eigenen weltweiten Kapitalinteressen aufzubringenden Kosten für die Unterhaltung eines riesigen Militärapparates. So war für beide Länder die Profitabilität des Kapitalexportes nur zu Lasten der inländischen Akkumulationsrate zu sichern. Ohne eine starke, konkurrenzfähige Inlandsproduktion aber ist, wie die Geschichte Englands und der USA beweist, ein großer Kapitalbesitz im Ausland langfristig nicht gegenüber produktiveren, unter günstigeren Voraussetzungen akkumulierenden nationalen Kapitalen zu halten.

Vergleicht man den Umfang der Staatsausgaben in den beiden hier erwähnten Ländertypen, so zeigt sich, daß in den Ländern mit hohen unproduktiven Staatsausgaben (die aus politischen oder militärischen Gründen notwendig waren, nicht aber aus keynesianischem Stabilitätsdenken bewußt eingeführt wurden) die Akkumulationsrate niedriger, das Produktivitätswachstum geringer, die stagnativen Tendenzen am ausgeprägtesten sind. Umgekehrt war in den Ländern mit niedrigeren Staatsausgaben die Akkumulationsrate höher, der Produktivitätszuwachs überdurchschnittlich stark, die Erneuerung des fixen Kapitals besonders schnell, das allgemeine wirtschaftliche Wachstum am ausgeprägtesten. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg dienten Staatsausgaben im allgemeinen nicht der Aufrechterhaltung des Akkumulationsprozesses, sondern stellten überwiegend eine Belastung dar, die jedoch aus politischen oder militärischen Gründen für das betreffende nationale Kapital nicht zu umgehen war. Das zeigt sich beispielsweise daran, daß der Anteil der Rüstungsausgaben am Brutto-sozialprodukt Großbritanniens und der USA seit den fünfziger Jahren rückläufig ist, statt sich mit wachsenden Akkumulationsschwierigkeiten zu vergrößern, wie nach der Theorie der stabilitätsfördernden Funktion von Staatsausgaben zu erwarten wäre.

Fassen wir zusammen. Nicht die permanente Ausdehnung eines »unprofitablen Staatssektors« ermöglichte die Nachkriegsprosperität. Es waren vielmehr die kriegsbedingte Vernichtung und Entwertung von Kapital, die Reorganisation der internationalen Kapitalstruktur unter amerikanischer Führung, die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Weltmarktes, die Wiederaufnahme der Produktion auf einer neuen Stufe der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und die weitgehende Disziplinierung des Proletariats in den Metropolen, die dem

Kapital relativ ungestört Akkumulationsbedingungen bis Ende der sechziger Jahre sicherten. Die Ausdehnung des unproduktiven Staatssektors stellte sich dagegen zunehmend als Belastung des Akkumulationsprozesses dar.

Hiermit soll nicht die Möglichkeit staatlicher Wirtschaftseingriffe bestritten werden. Es gilt nur, die ihnen durch den Kapitalverwertungsprozeß gesetzten Schranken richtig einzuschätzen. In der Depression der dreißiger Jahre schien der Kapitalismus am Ende zu sein: die Profitabilität lag so niedrig, daß immer größere Teile des Kapitals stillgelegt wurden. Staatliche Eingriffe vermochten diesen Niedergang nicht aufzuhalten. Mit einer Ausnahme: die auf der Basis äußerst verschärfter Ausbeutung staatlich betriebene Aufrüstung. Die Kriegsvorbereitungen und der Zweite Weltkrieg erlaubten die Ausnutzung aller Produktionskapazitäten — allerdings auf der Basis schrumpfender Kapazitäten. Nur diese Form »negativer Akkumulation« vermochte die Grundlagen eines neuen Aufschwungs des Akkumulationsprozesses zu legen, vorausgesetzt, es gelang dem Kapitalismus, jene extreme Krisensituation ohne soziale Revolution zu überstehen. Die damals geschaffenen Bedingungen einer erneuten Erweiterung des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses hielten — wenn auch allmählich schwächer werdend — einige Jahrzehnte hindurch an und ermöglichten dem Kapitalismus eine der stärksten Akkumulationsphasen seiner Geschichte.

Kapitalvernichtung und -entwertung als Vorbedingung für einen neuen Akkumulationsaufschwung ist unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen normal und findet in jeder zyklischen Krise statt. Neu war in jenem Fall nur das Ausmaß dieses Vernichtungsprozesses. Mit immer enger werdender internationaler Kapitalverflechtung müssen auch die Krisen zunehmend internationalen Charakter tragen und die Möglichkeiten einzelner Länder einschränken, eine gesonderte Entwicklung zu nehmen. Dennoch wäre es falsch davon auszugehen, daß die traditionellen nationalstaatlichen Grenzen angesichts der Internationalisierung des Kapitals ihre Funktion verloren hätten. Im Gegenteil. Kennzeichen des Weltmarktes ist seine Zersplitterung. Und je krisenanfälliger der internationale Kapitalismus, desto stärker wird auch wieder die Tendenz der nationalen Kapitale,

sich hinter den eigenen Staatsgrenzen abzuschließen.

Aber ist eine derartige Verschärfung der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in absehbarer Zeit zu erwarten? Nach Mattick hat der Staat durch keynesianische Eingriffe eine ganze historische Epoche hindurch »nicht nur ausgedehnte Depressionen verhindert, sondern auch eine nie zuvor gekannte „Prosperität“ geschaffen« (S. 342). Staatliche Wirtschaftspolitik (Defizitfinanzierung, antizyklische Kredit- und Zinspolitik, Staatsverschuldung, Ausbau eines »unprofitablen Sektors« insbesondere im Rüstungsbereich usw.) scheint an die Stelle der naturwüchsigen zyklischen Bewegung zu treten oder diese zumindest unter Kontrolle halten zu können. In Wirklichkeit war die zyklische Bewegung des Akkumulationsprozesses — und das bestätigt auch Mattick — nie unterbrochen. Sie war jedoch aufgrund der bereits angeführten besonders günstigen Akkumulationsbedingungen nach Kriegsende, die den Fall der Profitrate zunächst einmal abbremsen und eine neue beschleunigte Akkumulationsphase einleiteten, relativ schwach.² Inzwischen beginnen sich jedoch die Akkumulationsbedingungen im internationalen Maßstab — wenn auch von Land zu Land unterschiedlich stark — wieder zu verschlechtern: hohe Inflationsraten, Verschärfung des Handelsprotektionismus, Währungskrisen usw.

Welches sind die Ursachen für die erneute Abschwächung der Kapitalakkumulation? Weniger das Schrumpfen des profitablen Privatsektors als Folge der Expansion des »unprofitablen Staatssektors«, wie Mattick annimmt, sondern zentrale Bedingungen des Akkumulationsprozesses selbst. Die Belastung der Akkumulationsfähigkeit des Produktivkapitals durch unproduktive Staatsausgaben war die gesamte Nachkriegszeit hindurch relativ stark gegeben, kann also nicht die entscheidende Ursache der wachsenden Störungen des Akkumulationsprozesses sein.

² Dennoch schwankten die realen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts, um einige der extremen Beispiele zu nennen, in der BRD zwischen -0,2 Prozent im Jahre 1967 und +7,6 Prozent im darauf folgenden Jahr, in Japan zwischen -0,6 Prozent (1958) und +20 Prozent (1959) in den USA zwischen -1,6 Prozent (1954) und +8 Prozent (1955) usw.

Die zunehmende Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ist letztlich ein Resultat der Tatsache, daß weniger Profit auf das investierte Kapital erzielt wird. Der anhaltende Nachkriegsboom führte zu einer schnellen Entwicklung der Produktivkräfte und einer rasch ansteigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals: das konstante Kapital (Maschinen usw.) vergrößerte sich schneller als das variable Kapital (die menschliche Arbeitskraft). Der Profit wird vom Kapital auf das in Bewegung gesetzte Gesamtkapital ($c+v$) berechnet; die Quelle des Profits ist jedoch das variable Kapital, dessen Anteil am Gesamtkapital bei steigender organischer Zusammensetzung relativ sinkt.³ Selbst eine Erhöhung der Mehrwertrate, d. h. eine Erhöhung des Anteils der unbezahlten gegenüber der bezahlten Arbeit, vermag die Tendenz einer mit höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals fallenden Profitrate langfristig nicht aufzuhalten. Die Tendenz zum Fall der Profitrate schließt jedoch eine enorme Steigerung der Produktion für eine gewisse Zeit nicht aus. Im Gegenteil. Marx, der als erster diese Zusammenhänge erkannt hatte, bemerkte dazu: »Also dieselbe Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit drückt sich im Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise aus einerseits in einer Tendenz zu fortschreitendem Fall der Profitrate, und andererseits in beständigem Wachstum der absoluten Masse des angeeigneten Mehrwerts oder Profits; so daß im ganzen der relativen Abnahme des variablen Kapitals und Profits eine absolute Zunahme beider entspricht.«⁴ Letztlich muß jedoch — wie von Marx an anderer Stelle betont — mit ständig steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals der Fall der Profitrate zu einer krisenhaften Zuspitzung führen, die auch durch die gegenläufigen Tendenzen (insbesondere die Erhöhung der Profitmasse) nicht mehr aufzuhalten ist.

Obwohl empirisch angesichts der unzureichenden statistischen Materialien nur schwer nachzuweisen, muß man davon ausgehen, daß die lange Aufschwungsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrem

³ »Der Fall der Profitrate entsteht nicht aus einer absoluten, sondern aus einer nur relativen Abnahme des variablen Bestandteils des Gesamtkapitals, aus ihrer Abnahme, verglichen mit dem konstanten Bestandteil« (Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, Berlin 1970, S. 227).

⁴ Ebd., S. 233.

nur von schwächeren zyklischen Einbrüchen gebremsten Wachstum eine besonders starke Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals brachte, deren Auswirkungen auf die Profitrate zunehmend deutlicher werden. Insbesondere seit 1973 sind in wachsendem Umfang Produktions- und Lieferbeschränkungen (das spektakulärste Beispiel war die im Winter 1973/74 von den Mineralölkonzernen inszenierte »Erdölkrise«) bei gleichzeitig außerordentlich starken Preiserhöhungen zu beobachten. Diese Entwicklung ist ein Indiz, wie stark in vielen Branchen die Profitrate inzwischen gefallen ist und daß ein Ausgleich über eine Erweiterung der Profitmasse durch Ausweitung der Produktion immer schwieriger wird. So kommt es zu dem Versuch des Kapitals, über Preissteigerungen auf tendenziell schrumpfender Produktionsbasis die Profitrate zu erhöhen. Aber auch hier sind dem Kapital enge Grenzen gesetzt: eine Schrumpfung der Profitmasse bei Erhöhung der Profitrate könnte sich das Kapital ebensowenig längerfristig leisten wie die umgekehrte Entwicklung. Und angesichts des im Monopolkapitalismus auf den Weltmarkt verlegten Konkurrenzkampfes ist der Tag abzusehen, an dem die Einzelkapitale sich gezwungen sehen werden, Preisstürze, Produktionsbeschränkungen und eine sinkende Profitrate wie Profitmasse mit allen sich daraus ergebenden sozialen Konsequenzen hinzunehmen.

Kehren wir jedoch zur Diskussions der Marxschen Akkumulations- und Krisentheorie und ihrer für die gegenwärtige Phase des Kapitalismus modifizierten Interpretation durch Paul Mattick zurück. Zentrale Bedingung für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Produktionsprozesses ist die Realisierung einer ausreichend hohen Profitrate. Gelingt dies nicht, kommt es zu krisenhaften Störungen des Produktions- und Zirkulationsprozesses. Der einzelne Kapitalist wird alles versuchen, dem Fall der Profitrate u. a. durch schärfere Ausbeutung der Arbeiter entgegenzuwirken (Intensivierung der Arbeit, Entlassung der das Arbeitstempo nicht mehr mithaltenden Arbeiter, schärfere Unterdrückung jeder Form von offener Auflehnung — notfalls auch mit dem Einsatz der bewaffneten Staatsmacht —, staatliche Lohn- und Einkommenspolitik usw.). Ein Ausgleich über eine Steigerung der Ausbeutungsrate (Mehrwertrate), d. h. des Anteils an unbezahlter Arbeit, ist jedoch nur begrenzt möglich und vermag die allgemeine

Tendenz zum Fall der Profite, die in der sich unter dem Zwang der Konkurrenz verändernden organischen Zusammensetzung des Kapitals begründet ist, nicht grundsätzlich umzukehren.

Die Versuche des Kapitals, dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken, beschränken sich jedoch nicht auf eine Steigerung der Ausbeutungsrate. Diese Versuche umfassen die Ausweitung der Produktion, um durch eine Vergrößerung der Profitmasse einen Ausgleich für die fallende Profitrate zu schaffen; sie erstrecken sich von Verschiebungen der Investitionen in rentablere Produktionszweige über Versuche zur Steigerung der Warenexporte bis zur Verlagerung möglichst großer Produktionsbereiche in lohngünstigere Länder (Kapitalexport) ; sie zielen darauf ab, die Elemente des konstanten Kapitals zu verbilligen; sie führen zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals; sie zwingen unter dem Druck der Konkurrenz zur Monopolisierung von Rohstoffquellen, Auslandsmärkten, Fertigungsverfahren; sie lassen den Kapitalismus versuchen, die Profite über Währungs- und Finanzspekulationen, die in den letzten Jahren immer größere Ausmaße annehmen, zu erhöhen; sie treiben das Kapital zu immer maßloseren Preiserhöhungen; sie leiten jenen sich gegenwärtig beschleunigenden inflationären Prozeß ein, mit dem das Kapital die »sekundäre« Mehrwertrate zu erhöhen, die eigene Verschuldung zu Lasten der Konkurrenz zu reduzieren, die Abschreibungsmöglichkeiten zu verbessern versucht usw. Diese Versuche vermögen zwar den Fall der Profite mehr oder weniger stark zu beeinflussen, können der Entwicklung jedoch, wie die Ereignisse der letzten Jahre erneut zeigen, keine grundsätzlich andere Richtung geben. Am Ende steht die krisenhafte Auflösung der Widersprüche. Ob dieser Prozeß zur »Selbstreinigung« des Kapitalismus führt und eine neue Akkumulationsphase einleitet oder mit der Aufhebung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse durch den Sozialismus endet, hängt nicht zuletzt von der Stärke der sozialistischen Arbeiterbewegung ab.

Diese allgemeine Entwicklungstendenz des Kapitalismus vermag auch der bürgerliche Staat nicht grundsätzlich zu verändern. Die Prosperität des Nachkriegskapitalismus ist kein Beweis für einen durch Staats-

eingriffe qualitativ veränderten Kapitalismus. Die Ursachen des Nachkriegsbooms sind nicht in umfassenden »nicht-kapitalistischen« Eingriffen des bürgerlichen Staates zu suchen, sondern in besonders günstigen Akkumulationsbedingungen bei Kriegsende.

Die historische Tendenz zum Sinken der Profite, die in der Depression der dreißiger Jahre ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, wurde durch die »Selbstreinigungskräfte« des Kapitalismus, die in der enormen Vernichtung und Entwertung von Kapital im Zweiten Weltkrieg bestanden, vorübergehend gestoppt. Eine neue Akkumulationswelle begann, deren Abschwächung sich inzwischen in sinkenden Akkumulationsraten, schwierigeren Bedingungen der Profitrealisierung, verschärfter internationaler Konkurrenz und wachsenden sozialen und politischen Spannungen andeutet.

Die »normale« zyklische Entwicklung des Kapitalismus wurde durch staatliche Eingriffe nicht grundsätzlich verändert. Matticks These, daß der Staat die Fähigkeit hat, »die Depression aufzuschieben« und »den Boom zu kontrollieren«, so daß der Konjunkturzyklus »nun als Expansion und Kontraktion staatlich induzierter Produktion erscheinen« kann (S. 145), wird durch die tatsächliche Entwicklung, die der Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten genommen hat, nicht bestätigt. Das versuchte diese Arbeit — angesichts des begrenzten Umfangs weitgehend thesenhaft — aufzuzeigen.

Das unbestreitbare Wachstum des Staatssektors bedeutet nicht das Wachstum eines nicht-kapitalistischen Sektors inmitten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der diese zunehmend in Frage stellt. Der auf vielfältige Weise mit dem Privatsektor verflochtene Staatssektor ist zutiefst den Gesetzmäßigkeiten des Akkumulationsprozesses unterworfen, statt diese unter seine Kontrolle zu bringen. Daß die zyklischen Schwankungen des Akkumulationsprozesses in den letzten 25 Jahren schwächer als in der Vergangenheit waren, hat andere Ursachen als »staatlich induzierte nicht-profitable Produktion«. Wenn aber der »normale« Krisenzyklus weiterhin besteht und der Kapitalismus keinen Transformationsprozeß in ein »gemischtes Wirtschaftssystem« durchläuft, wie es Mattick beschreibt, sind auch die Möglichkeiten der Aufhebung der

bestehenden Produktionsverhältnisse andere. Dann wird die Anarchie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht, wie Mattick voraussagt, durch die repressive Stabilität eines immer mächtigeren Staates ersetzt, der schließlich im Staatskapitalismus endet — jenem System, in dem mit der Überwindung der immanenten ökonomischen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus auch die Chance der revolutionären Aufhebung der bestehenden Produktionsverhältnisse auf lange Zeit verschwunden ist. Im Staatskapitalismus — zum Teil aber auch bereits im »gemischten Wirtschaftssystem« — hat es laut Mattick der Staat in der Hand, Produktion und Distribution nach seinem eigenen Ermessen zu bestimmen und damit die objektive Basis massenhaften revolutionären Widerstands seinem Selbsterhaltungsinteresse entsprechend zu verändern: Revolutionen würden sich wahrscheinlich nur noch als »Betriebsfehler« aufgrund falscher Planung von Produktion und Distribution ereignen. Ist aber der Staat nicht in der Lage, den immanenten Krisencharakter des kapitalistischen Akkumulationsprozesses aufzuheben oder auch nur stark einzudämmen, sind auch die objektiven Voraussetzungen der Aufhebung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse andere, als sie Paul Mattick — enttäuscht von den schweren Niederlagen der Arbeiterbewegung, die er selbst erleben mußte — sieht.